

# Die Fragen

## Zur politischen Geschichte Osteuropas

Von Nygaard.

Als am 8. September der italienische Ministerpräsident Mussolini in Genf während der Generaldebatte der Völkerbundsammlung erklärte, daß sich die wirkliche Gefahrenquelle für den europäischen Frieden nicht in Mitteleuropa im europäischen Osten befindet, daß die dortigen, während des Weltkrieges entstandenen Staaten den Nachbarn unwillkommen seien und die Vorbereitungen, sie zu beseitigen, sich verhängnisvoll auszuwirken begännen, mochten wohl diese Fragen als etwas stark betont erscheinen, liegen aber doch eindringlich genug die politischen Tendenzen der Gegenwart erkennen. Und diese Strömungen waren es, die zu dem Vorstoß der Kleinstaaten in Genf, zu der holländischen Resolution und dem polnischen Nichtangriffs-Vertragsentwurf führten. Freilich, der Angriff wurde unter der Führung Chamberlains von den Großmächten pariert. Das Prinzip der Revisionsmöglichkeit der durch den Versailler Vertrag geschaffenen Verhältnisse regte über den Willen zur Bekämpfung des Ostens, gelöst aber wurden diese brennenden Probleme nicht. Wird schon in Deutschland die gegenwärtige Grenzführung als untragbar empfunden, wieviel mehr sind dann für Polen und die übrigen russischen Nachfolgestaaten Grenzfragen Existenzfragen! Wenn auch niemals Garantieverträge tatsächlich kriegerische Auseinandersetzungen zu vermeiden vermögen, so wäre aber doch immerhin durch eine endgültige Grenzbestimmung im Sinne des polnischen Vorschlages die politische Lage im Osten wesentlich entspannt worden.

Vorläufig sind die Bemühungen um ein Ditt-Locarno gescheitert, sind den Interessen der imperialistischen Mächte untergeordnet worden. Die geringe Größe der vier nordöstlichen Staatswesen, ihre finanzielle und politische Unselbständigkeit, wie vor allem auch der überwiegend antibolschewistische innenpolitische Kurs läßt sie im allgemeinen als unbedingt ententfesselt orientiert erscheinen. Gewiß, der Einfluß Frankreichs wie aber auch der Englands ist sowohl in Polen und Litauen, als auch in Finnland, Estland, Lettland ziemlich stark, und die Bestrebungen, sie restlos in die britische Antilowjewfront einzufügen, sind recht offensichtlich. Trotzdem aber wäre es verfehlt, heute noch von einer überwiegenden Russenfeindschaft zu sprechen. Im Gegenteil, selbst in dem bisher ruhigen gegenüber recht intransigenten Polen entwickelten sich Bestrebungen zur Herbeiführung eines Nichtangriffs-Paktes mit der Sowjetunion — die gerade heute, nach dem Genfer Fiasko, neue Antriebe erhielten — und wecken auch die Bemühungen um ein russisch-polnisches Handelsabkommen. Beständig genug erscheinen ja diese Wünsche, denn die polnische Wirtschaft ist durch den verhängnisvollen, seit dem Sommer 1925 währenden Zollkrieg mit Deutschland schwer genug geschädigt und das polnische Proletariat ungeheuerlich belastet worden, um endlich diesen Zustand beseitigt zu sehen. Und durch diese politisch-wirtschaftlichen Verständigungsbestrebungen berührt sich Polen mit den außenpolitischen Zielen Lettlands, das sowohl durch seinen Garantievertrag vom 10. März 1927, wie auch durch das Handelsabkommen mit der Sowjetunion vom Juni dieses Jahres sich sichert; mit Estland, dessen Verhandlungen über einen Garantiepakt mit Rußland noch schweben und mit Litauen. Der nach von Selenius abgeschlossene russisch-litauische Vertrag vom 29. September 1926 war der erste außenpolitische Erfolg der Sowjetunion in ihren besonders Ende 1925 einsetzenden Bemühungen, die drohende britische Einkreisungspolitik zu durchbrechen und, statt ein unter polnischer Führung stehendes kollektives Baltikum zu bilden, mit den einzelnen baltischen Staaten Garantieverträge abzuschließen. Gewiß, sind diese Anstrengungen der russischen Nachfolgestaaten nicht gleichbedeutend mit einer Anerkennung des bolschewistischen Systems, als vielmehr politisch-wirtschaftliche Notwendigkeiten. Andererseits aber läßt ja auch die Fühlungnahme mit den Sowjets zur Kompensierung des nicht immer bequemen Einflusses der Großmächte. Denn für die baltischen Staaten und ebenso für Polen sind es bestimmt nicht angenehme Empfindungen, zwischen zwei Fronten zu stehen.

Unter den Stürmen der großen russischen Revolution erstanden in den Jahren 1917/18 die teilweise jahrhundertlang, dem Zarismus unterworfenen baltischen Provinzen und die polnischen Gebiete wieder zu eigenem nationalen und staatlichen Sein. Erstanden unter vollkommen veränderten politisch-wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnissen, fast ausnahmslos unter dem Schutze deutscher Kolonelle, aber trotz der einseitigen schweren Schicksalsgemeinschaft ohne wirklich tiefere Beziehungen zueinander. Im Gegenteil, belastet mit den geistigen Erbschaften dieser Zeit, mit nationaler Intoleranz und machtpolitisch-partikularistischen Ehrgeizen war es nicht möglich, die alten historischen Traditionen weiterzuführen oder zumindestens eine enge baltische Staatenkonvention Wirklichkeit werden zu lassen. So, in kleine Staaten von bescheidenen räumlichen Ausmaßen und mit wahrhaft geringsten Bevölkerungszahlen zerstückelt, losgelöst von dem für die baltischen und polnischen Industrien lebenswichtigsten russischen Hinterland und untereinander durch hohe Zollmauern abgeriegelt, mußte sich schließlich jene präkäre wirtschaftlich-politische Situation ergeben, die heute die Aufmerksamkeit Europas fordert.

War auch Litauen, das 1386 durch den Großfürsten Jagello mit Polen vereint wurde und nach der zweiten Teilung Polens 1793 an Rußland kam, jahrhundertlang mit dem neuen polnischen Staat in engerer Berührung, so sind doch trotz allem die Beziehungen der beiden Länder zueinander nicht die besten. Besonders komplizierte die Beziehung Litauens durch Polen am 9. Oktober 1920 die politische Lage und es war bisher trotz wiederholter Interventionen der Mächte nicht möglich, den Streitfall beizulegen. Polen selbst hat seit seiner Bildung als selbständiges Reich unter den Vätern um das 10. Jahrhundert und nach dem Verfall seiner zeitweilig recht bedeutenden Macht am Ausgang des 16. Jahrhunderts verweigert um nationale und staatliche Autonomie gekämpft. Im 17. und 18. Jahrhundert als begehrtestes Objekt europäischer dynastischer Interessen innerlich vollkommen zerrüttet, die Beute seiner mächtigeren Nachbarn Preußen, Oesterreich, Rußland, wurde es durch die dritte Teilung zum 24. Oktober 1795 als selbständiges Staatswesen vernichtet.

Die Errichtung eines Großherzogtums Polen durch Napoleon I. im Jahre 1807 vermochte nichts zu reiten. Der Wiener Kongreß liquidierte 1815 diese Schöpfung einer genialen französischen Diplomatie und gliederte es endgültig Rußland ein. Und all die heroischen nationalen Erhebungen von 1830, 1846, 1863/64 lösten wohl unter der westeuropäischen radikalen Intelligenz und der erwachsenen proletarischen Bewegung mächtige Echos, beseitigten aber die zaristische Despotie nicht. Man suchte durch die Methoden rücksichtsloser Russifizierung sowohl in Polen, als auch in dem seit 1721 russischen Estland und in dem bis 1809 mit Schweden verbundenen Finnland, sowie in Lettland und Litauen jedes nationale Empfinden zu unterdrücken. Das diese Maßnahmen innenpolitisch zu den verhängnisvollsten Folgerungen führen mußten und schließlich nach dem Zusammenbruch des Zarenismus in territorialer Absonderung und staatlicher Neubildung mündeten, ist verständlich.

Der damals siegreiche deutsche Militarismus förderte begreiflicherweise diese Verleibungsbestrebungen — wurde doch bereits Ende 1918 die Errichtung eines „unabhängigen“ Königreiches Polen verkündet und für Finnland ein heiliger Prinz als Regent in Aussicht genommen — mußte aber nach dem 9. November 1918 den Ententestaaten diese Gebiete überlassen. Der vorerst sehr starke Einfluß Frankreichs in Polen, mit dem es das Defensivbündnis vom 12. Februar 1921 zum Abschluß brachte, wurde in gleicher Weise auf die baltischen Staaten ausgedehnt und so gemeinsam mit der kleinen Entente, Mitteleuropa von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer von Rußland abgeriegelt. In der Kolonialzeit gewann auch Estland im europäischen Nordosten allmählich wieder Fuß und versuchte vor allem die Bildung einer zuverlässigen antilowjewistischen Vorpostenlinie zu verwirklichen.

# Zu Nutz und Frommen der Leserschaft

## Wie Eugenberg-Enten zustande kommen

SD Eine Pressefälschung, die zwischen den beiden größten deutschen bürgerlichen Nachrichtenagenturen Wolff und TL ausgeht, beleuchtet in außerordentlich interessanter Weise die Praxis der Sensationsmache gewisser bürgerlicher Organe. Attentate auf Könige sind bekanntlich ein begehrter Artikel; Nachrichten darüber nehmen sich mit Schlagzeilen und Fettdruck auf der ersten Seite der Generalanzeigerpresse glänzend aus. Dieser gefühlsmäßige Umstand mag wohl dafür bestimmend gewesen sein, daß am 13. September die Telegraphen-Union eine Nachricht verbreitete, die den Stempel der Tatsachmeldung weithin sichtbar trug. Ausgerechnet über Agram (Südbawien) wurde nämlich gemeldet, daß nach Funksprüchen von Havas und Reuter, also von Paris und London, der König Alfonso von Spanien in Madrid durch ein Attentat schwer verwundet und ins Hospital transportiert, sein Begleiter getötet worden sei. Alfonso sei darauf sofort operiert worden; man zweifle jedoch an seinem Aufkommen.

Der angebliche Agramer Korrespondent der Telegraphen-Union muß wohl ein spirituell begabtes Funkmedium gewesen sein. Die Meldung wurde nämlich sofort von besser unterrichteten Stellen demontiert, und auch die genannten Telegraphen-Agenturen Havas-Agram und Havas-Paris wußten nichts davon, ein solches Telegramm empfangen oder gegeben zu haben. Durch das Dementi geriet die Telegraphen-Union in große Verlegenheit. Sie wälzte die ganze Schuld auf das Agramer Bureau der Waala ab, behauptete aber, sie hätte in Agram sich noch einmal vergewissert und wieder einen falschen Funkpruch der Havas-Agentur als Bestätigung erhalten. Eine romantische Geschichte! Die Agence Havas erklärte, daß die Telegraphen-Union an sie nach Paris jedenfalls keinerlei Anfragen über den Ursprung der Depesche gerichtet hat — was doch am nächsten gelegen hätte. Es ist also ganz offenkundig, daß die TL einem feilschfertigen Korrespondenten oder einem unzuverlässigen Gewährsmann aufgesessen ist. Das kann schließlich jedem einmal passieren, obwohl derartige Fälschungen von vornherein die größte Vorsicht erfordern. Es wäre gewiß nicht daran angelegentlich, die Meldung solange zurückzuhalten, bis die spanischen Auslandsbehörden zu ihr Stellung nehmen konnten.

Bezeichnend für den Zeitungsleser ist der Fall besonders darum, weil er wieder einmal zeigt, wie leichtfertig man im bürgerlichen Lager dem Sensationsbedürfnis erliegt und wie notwendig es ist, sich an die Arbeiterpresse zu halten, die jede derartige Sensationsmache ablehnt und bemerkt ist, von den großen politischen Tatsachen objektiv zu berichten.

## Die Zel.-Union zeigt ihr wahres Schild

### Pressestelle der Deutschnationalen Volkspartei

Die Frankfurter Zeitung veröffentlicht in ihrer letzten Ausgabe ein Berliner Privattelegramm unter der Überschrift: „Auflösung der Pressestelle der Deutschnationalen Volkspartei“, in der es heißt:

„Wie mir zuverlässig erfahren, beabsichtigt die Deutschnationale Volkspartei ihre von Herrn Jeklin geleitete Pressestelle aufzulösen. Herrn v. Jeklin und den beiden anderen in der Pressestelle beschäftigten Herren ist daher am 1. Oktober gekündigt worden. Alle Mitteilungen und Informationen der Deutschnationalen Volkspartei sollen in Zukunft durch das entsprechende Ressort der Telegraphen-Union verbreitet werden. Die Maßregel soll durch finanzielle Gründe veranlaßt sein.“

Die Telegraphen-Union stellt dazu fest, daß die Meldung der Frankfurter Zeitung den Tatsachen nicht entspricht. Es beständen keinerlei Vereinbarungen, die eine Verbreitung aller Mitteilungen und Informationen der Deutschnationalen Partei durch die TL vorsehen. Damit ist freilich auch alles gesagt. Man darf von Herrn Eugenberg, der dem rechten Flügel der deutschnationalen Reichstagsfraktion zugehört, nicht erwarten, daß er alle Meldungen des linken Flügels ohne weiteres übernimmt. Darum bestätigt die Zel.-Union durch ihr Dementi nur, was in der Frankfurter Zeitung behauptet wurde. Damit enthält sich gleichgültig der Eugenbergsche Informationsstrahl als offizielles deutschnationales Unternehmen, woran ohnedies niemand geweiht hat.

Dr. Wermuth gestorben. Der ehemalige Reichssekretär und langjährige Oberbürgermeister von Berlin Dr. Adolf Wermuth ist am Mittwochabend im Lichterfelder Kreislärchenhaus nach vierwöchiger Krankheitsdauer an einer Lungenentzündung im Alter von 73 Jahren gestorben.

SD Der Berliner Magistrat hat sich am Mittwoch mit dem Flaggenkompromiß zwischen der preussischen Regierung und den Berliner Hotels beschäftigt. Der Magistrat erklart in der erzielten Vereinbarung noch keine endgültige Regelung. In seinen Kreisen wird die durchaus richtige Auffassung vertreten, daß es nicht „Reichsflaggen“, sondern nur eine Reichsflagge gibt.

## Doppelvorlage zum Reichsschulgesetz?

Wolffs Bureau berichtet auf Grund von Meldungen Berliner Blätter über die Ergebnisse der zweiten Lesung des Reichsschulgesetzentwurfs in den Ausschüssen des Reichsrates. Nach der gegebenen Darstellung hat die zweite Lesung insofern eine wesentliche Änderung gebracht, als nicht nur die Abänderungsanträge der preussischen Regierung, sondern auch eine Reihe noch weitergehender Anträge Sachse und einiger kleinerer Länder angenommen worden sind. Es handelt sich hierbei vor allem um eine schärfere Fassung der Vorschrift, wonach die Gemeindefachschule unbedingt als Regelschule gelten soll, und ferner um die Streichung des kirchlichen Aufsichtsrats über den Religionsunterricht. Schließlich wurde das Verlangen Sachsens angenommen, daß es ebenfalls einen erhöhten Schutz für die Simultanschule genießen soll. Die Blätter glauben jedoch nicht, daß im Plenum des Reichsrats diese radikalere Fassung des Gesetzentwurfs angenommen wird, sondern vielmehr im wesentlichen die Fassung mit den preussischen Abänderungsanträgen. Ein von den süddeutschen Ländern beabsichtigter Antrag auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage habe ebenfalls keine Aussicht auf Annahme. Sollten die Dinge diese Entwicklung nehmen, so wird nach Ansicht der Blätter die Reichsregierung die Einbringung einer Doppelvorlage im Reichstage nicht vermeiden können.

## Wechsel im bayerischen Wehrkreiskommando

Aus München berichtet der Soz. Pressedienst: Der Wechsel im Kommando des Wehrkreises 7 (Bayern) ist nun erfolgt. Der bisherige Landeskommandant in Bayern, General Kreh von Kressenstein, ist als Wehrkreiskommandant nach Kassel versetzt worden. An seine Stelle tritt General v. Kuitsh, der seit Oktober 1923 Infanterieführer der 7. Division war. Der Name des Generals v. Kuitsh weckt Erinnerungen an den Hitler-Putsch. Seltener Verhalten im Zusammenwirken mit dem Mün-

chener Stadtkommandanten General Danner ist in erster Linie der in der Putschnacht erfolgte Vogenannte „Am Fall Rah-Losow“ zu danken, der in seinen Einzelheiten bis heute allerdings noch nicht völlig aufgeklärt ist. Tatsache ist jedoch, daß Kuitsh und Danner, sobald sie Kenntnis von der Vorgängen im Bürgerbräukeller erhielten, selbständig die Reichswehrkommandosstellen in Berlin verständigten, worauf noch in der gleichen Nacht Reichswehrtruppen in Marz gegen Bayern gestellt wurden. Es ist zu erwarten, daß der parlamentarische Untersuchungsausschuß des Bayerischen Landtages auch diese Zusammenhänge völlig aufklären wird.

## Die Unterfuchung des Hitlerputsches

### Ausschluß kommunistischer Abgeordneter

SD. München, 12. Oktober. Der Untersuchungsausschuß des Bayerischen Landtages setzte am Mittwochmorgen seine Verhandlungen in nicht öffentlicher Sitzung fort. Der Zweck dieser Sitzung war, aus den Akten gewisse außenpolitische Fragen im Zusammenhang mit der Hitlerbewegung, die im Frühjahr 1923 spielte, zu klären. Eingangs der Sitzung entspann sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte über die Frage der Zulassung von Landtagsmitgliedern als Zuhörer. Gegen drei Stimmen, darunter die sozialdemokratischen, wurde beschlossen, auf Grund des der Geschäftsordnung neu eingefügten § 27 die als Zuhörer anwesenden kommunistischen Abgeordneten auszuschließen. Dieser Paragraph, der durch den Beschluß des Landtags am 29. Juli 1924 gegen die sozialdemokratische Fraktion der Geschäftsordnung eingefügt wurde, hat folgenden Wortlaut: „Bei Ausschluß oder Beschränkung der Öffentlichkeit sind Landtagsmitglieder nicht zuzulassen, die die Gehaltung der Beratung nicht gewährleisten.“ Der erzielte Ausschluß der Kommunisten aus dem Untersuchungsausschuß ist die erste Anwendung der neu geschaffenen Geschäftsordnung. Nach dreistündiger Verhandlung verlagte sich der Ausschluß auf Donnerstag.

## Neue Hoffnungen für Dattelpalmschwärmer

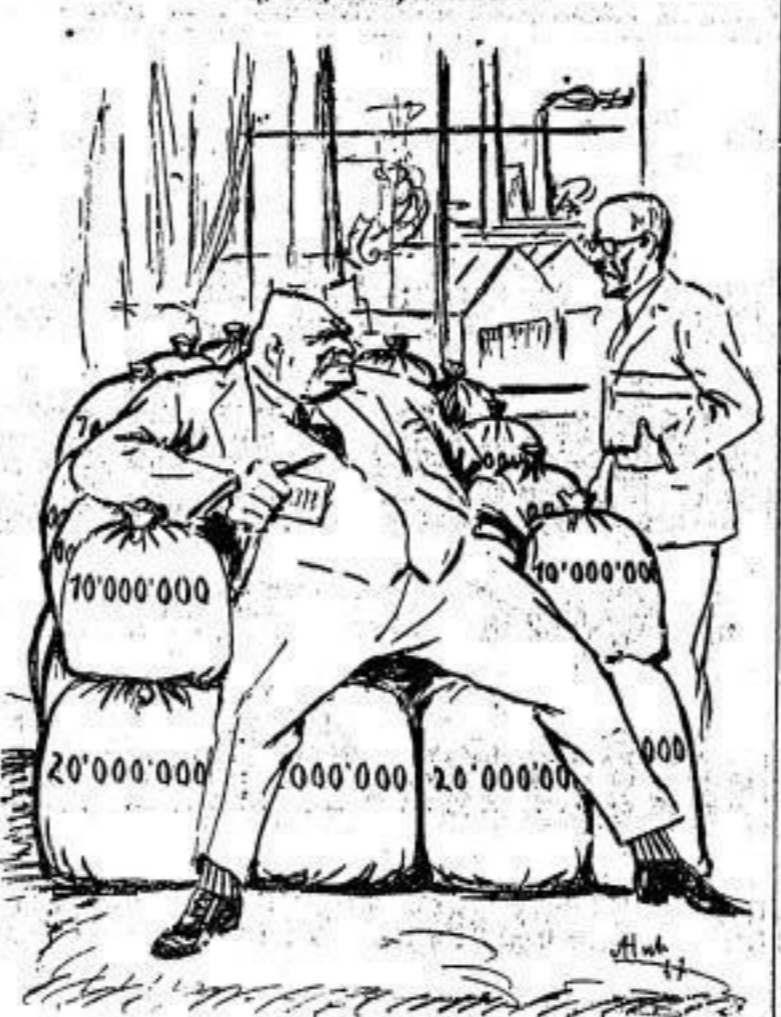
Die Zel.-Union teilt mit, daß, wie die H. B. aus Tokio berichtet, der Baron Jihli bei seiner Rückkehr nach Tokio über die politischen Vorgänge in Europa befragt worden sei. Hinsichtlich Deutschlands erklärte Baron Jihli, daß im Völkerbund der Widerstand gegen eine Rückgabe einzelner Kolonien an Deutschland bald verwirklicht werden werde, denn auf Grund von Berichten, die aus den Mandatsgebieten vorlägen, müsse offen gesagt werden, daß die Deutschen bessere Verwalter gewesen seien, als die derzeitigen Mandatsinhaber. Geplant sei die Rückgabe der afrikanischen, nicht asiatischer Kolonien.

Damit bestätigt Jihli all jene Darstellungen, die in der englischen Presse tagtäglich zu finden sind. Die Kolonialschwärmer im Lager aller bürgerlichen Parteien Deutschlands gründen darauf ihre schlauesten Hoffnungen. Sie glauben, daß der Zeitpunkt nicht mehr fern liegt, wo den deutschen Kolonialisten die Möglichkeit gegeben wird, von neuem zu beweisen, welche tüchtige Kerle sie in Wirklichkeit sind. Die neue Ära der Hängepetere und Konfessionen ist demzufolge nicht mehr fern. Das ist das Ziel der streifmännischen Außenpolitik. Die erste Etappe war der Eintritt Dr. Kauts in die Mandatskommission. Sie wird binnen weniger Tage zusammenzutreten, um die Frage der Mandatsverteilung einer grundsätzlichen Erörterung zu unterwerfen.

## Polizeiaktion gegen Kommunisten

Von der Polizeidirektion in Stuttgart wird mitgeteilt: In letzter Zeit sind von kommunistischer Seite in Stuttgart Druckschriften verbreitet worden, die zur Aufweckung der Schutzpolizei und Reichswehr bestimmt sind. Zur Ermittlung der Verbreiter haben auf Grund eines Beschlusses des Amtsgerichts Berlin-Mitte durchsuchungen bei kommunistischen Parteimitgliedern und bei kommunistischen Funktionären stattgefunden. In der Wohnung einer kommunistischen Parteimitgliedern in Botnang wurde ein Paket mit Propagandaschriften in einem Briefkasten gefunden. Die kommunistische Parteimitgliedern und ihre Mutter, die das Paket verpackt hatte, wurden wegen dringenden Verdachtes eines Vergehens der Vorbereitung zum Hochverrat festgenommen und nach einem polizeilichen Verhör dem Amtsgericht Stuttgart vorgeführt. Dieses hat gegen die Parteimitgliedern Haftbefehle erlassen. Die Mutter ist wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

## Hochkonjunktur



„Was — Lohnerhöhung wollen Sie — Sie sind wohl verrückt?“  
 „Aber, Sie schwimmen doch förmlich im Gelde!“  
 „Erstens geht Sie das gar nicht an, und zweitens brauche ich das Geld, um mich Wande niederzuklassen!“